

tieren möchte. Die Kosten dafür betragen allein schätzungsweise 250 Millionen Mark.

In der Diskussion um die Herkunft der Bundesmittel brachte sich der Deichvorsteher Anton Hullmann aus Ovelgönne in Erinnerung, der seit Jahren die Nordseedeiche als unzureichend bezeichnet und dringliche Eingaben an die Bundesregierung gemacht hatte. Der einstige Kapitän Hullmann tat 16 Jahre an der mit 124 Kilometern Gesamtstrecke größten sogenannten Deichbahn Dienst und empfahl, für die Modernisierung der Deiche Mittel aus dem Verteidigungshaushalt, und, falls das nicht möglich sei, von der Bundes-Entwicklungshilfe abzuzweigen.

Nach dem Unglück sprach aus dem Deichvorsteher Hullmann des Volkes Stimme, als er abermals empfahl: „Das Geld ist an den Deichen nötiger als dafür, daß irgend jemand im Orient seinen Harem vergrößert.“

BONN

ADENAUER

Alles ein Mißverständnis

Was Europas Patriarchen Charles de Gaulle und Konrad Adenauer bei ihrer Halbtagsarbeit in Baden-Baden ausgeheckt haben, das gewann vergangene Woche unheimliche Konturen: Mit gezielten Querschüssen wollen die beiden das Separat-Palaver von Angelsachsen und Russen stören, um zu verhindern, daß hinter ihrem Rücken etwa Abmachungen über die Atomabrüstung, die europäische Sicherheit und Berlin vorbereitet werden.

Frankreichs Reichsverweser war am vergangenen Montag der erste, der Anlaß zu solchem Verdacht gab. Ohne Washington und London zu informieren, forderte er in einem Brief an Chruschtschow, die großen Drei hätten fortan darauf Rücksicht zu nehmen, daß auch die Franzosen Atom-Nation geworden seien (siehe Seite 55).

Am darauffolgenden Tag überraschte dann der Bundeskanzler seine amerikanischen Verbündeten mit einem Vorschlag vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der als Umkehrung seiner bisherigen Politik erscheinen mußte: Hatte die Bundesrepublik seit den Fehlschlägen von Genf 1959 und Paris 1960 neue Konferenz-Initiativen immer wieder verhindert, so empfahl Adenauer jetzt den bislang verpönten Weg: Rettung aus den bisher ergebnislosen diplomatischen Gesprächen zwischen Moskau und Washington durch Flucht in eine große Konferenz, auf der Frankreich die Bonner Interessen wahrnehmen soll.

„Bundeskanzler Dr. Adenauer“, so verbreitete der Christlich-Demokratische Pressedienst, „setzte sich... für die Abhaltung einer Ost-West-Konferenz der Außenminister der USA, Englands, Frankreichs und der Sowjet-Union ein, wenn die Sondierungen des amerikanischen Botschafters Thompson (in Moskau über Berlin) ohne Ergebnis bleiben sollten. Der Kanzler meinte, daß es besser sei, eine Pause eintreten zu lassen, als endlos zu verhandeln. Die Pause müsse genutzt werden, um ein Treffen der Außenminister gut vorzubereiten.“

Präsident Kennedy war über diese Rebellion der Europäer besonders

empört, weil der deutsche Botschafter Grewe, eben von der Bonner Botschafter-Konferenz (SPIEGEL 8/1962) zurückgekehrt, gerade noch versichert hatte, die Haltung des Kanzlers sei auch nach dem Baden-Badener Gespräch unverändert.

Botschafter Wilhelm Grewe schickte daher Alarmtelegramme nach Bonn. Bestürzt gestanden Gehilfen des AA-Chefs Schröder: „Adenauer hatte nicht damit

in Moskau nichts einzuwenden. Im übrigen habe er für den Fall ihres Scheiterns nur eine Lageberatung der West-Außenminister angeregt.

Präsident Kennedy hatte angesichts dieser abstrusen Umdeutung nur zwei Möglichkeiten:

▷ entweder zu zweifeln, ob der deutsche Regierungschef noch immer wisse, was er sagt,

▷ oder die neue Version als faule Ausrede zu akzeptieren.

Er entschloß sich zu letzterem und erteilte dem Kanzler eine Abfuhr. Auf einer Pressekonferenz erklärte er: „Ich möchte sagen, daß das (was der Kanzler vor der CDU-Fraktion vorgeschlagen hat) nicht dem entspricht, was uns mitgeteilt wurde.“

Adenauers Interpretation, auch die Bundesrepublik könne zu den Konferenz-Vieren gehören, wischte der Präsident vom Tisch: „Ich nehme an, daß man unter den vier Mächten die Sowjet-Union, die Engländer, die Franzosen und uns versteht, und nicht Westdeutschland, die Engländer, die Franzosen und uns.“

Im Gegensatz zu den Kanzler - Absichten entschied Kennedy, das diplomatische Zwiegespräch zwischen Moskau und

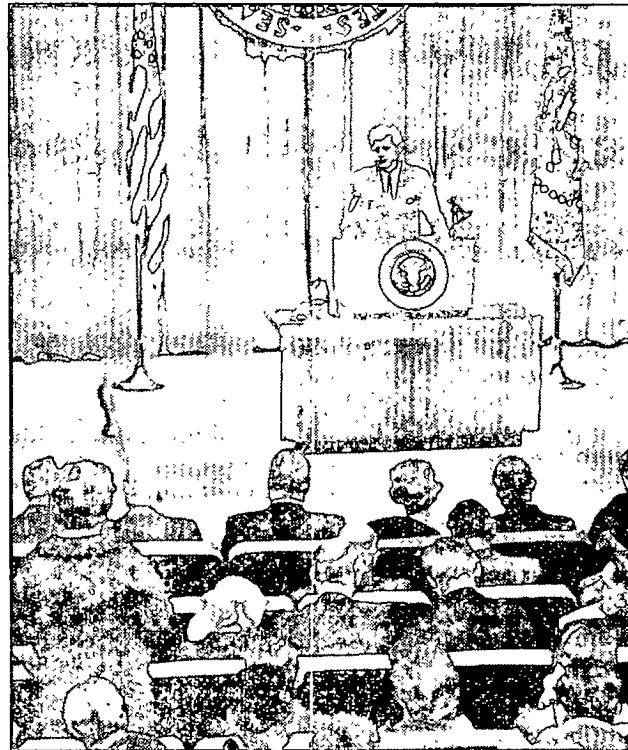
Washington nicht nur auf Botschafter-Ebene fortzusetzen. US-Außenminister Rusk selbst soll Anfang März nach Genf reisen, um dort seinen sowjetischen Kollegen Gromyko zu treffen.

SOZIALPOLITIK

BAM antwortet nicht

Mit rot eingesprenkeltem Gesicht und bebapckt mit einem Bündel grüner Handakten strebte Arbeitsminister Theodor Blank am Donnerstagvormittag letzter Woche dem Präsidentensessel im Plenarsaal des Deutschen Bundestags zu. Der Aufforderung, die Große Anfrage der SPD-Fraktion „betreffend Krankenversicherung, Lohnfortzahlung und Kindergeld“ zu beantworten, begegnete der Arbeitsminister mit der stotternd vorgebrachten Erklärung, daß von ihm keine Antwort zu erwarten sei.

Er habe dem Bundestagspräsidium, so Blank, bereits am 14. Februar ausführlich geschrieben, daß er nicht bereit sei, die Große Anfrage seines SPD-Widersachers Professor Ernst Schellenberg zu beantworten. Der amtierende Bundestagspräsident Jaeger wußte nichts von einem Brief, und Blank nestelte hastig in seinem Aktenstoß. Dabei entglitt das Bündel den fahrgen Ministerhänden und plumpste zu Boden. Jauchzen links.



Kennedy-Pressekonferenz: Störfeuer aus Baden-Baden

gerechnet, daß die Reaktion in Washington so negativ sein würde.“

Um mit heiler Haut davonzukommen, beschloß Bonn, den alten Herrn im Palais Schaumburg Kobolz schlagen zu lassen: Der Bundeskanzler — so lautete die neue amtliche Version — habe vor seiner Fraktion von einer „Viererkonferenz“ gesprochen. Das könne nach üblichem Sprachgebrauch sowohl ein Treffen der vier Siegermächte USA, Sowjet-Union, Großbritannien und Frankreich sein als auch — wie schon oft in jüngster Zeit — eine Zusammenkunft der vier Nato-Hauptmächte USA, Großbritannien, Frankreich und Bundesrepublik.

Gemeint habe Adenauer jedenfalls letztere Mischung westlichen Typs. „Der Kanzler hat das Auswärtige Amt zu dieser Erklärung ermächtigt“, bekräftigten AA-Diplomaten.

Auch Botschafter Grewe in Washington wurde angewiesen, diese Bonner Verdrehung ins State Department zu tragen. Weisungsgemäß fabulierte er dort: Es sei alles ein Mißverständnis, der Herr Bundeskanzler habe „auf einer privaten CDU-Tagung“ keine Rede gehalten, sondern lediglich aus dem Stegreif eine Frage beantwortet (CDU-Abgeordneter Kopf: „An eine Frage kann ich mich nicht erinnern; der Kanzler berichtete über Baden-Baden“).

Selbstverständlich habe Adenauer — so Grewe zu Rusk — gegen die Fortsetzung der Thompson-Sondierungen

Erst als der SPD-Fraktionsgeschäftsführer Karl Mommer mit einer eigenen Ablichtung des verschwundenen Ministerbriefs hilfreich einsprang, konnte sich Vizepräsident Richard Jaeger überzeugen: „Die Bundesregierung ist... im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht in der Lage, die in der Großen Anfrage gestellten Einzelfragen zu beantworten... Die Bundesregierung bittet, sich dieser Auffassung anzuschließen.“

Die SPD schloß sich nicht an. Vielmehr beklagte SPD-Schellenberg den „unmöglichen Zustand“, daß die Bundesregierung dem Parlament die Auskunft auf konkrete Fragen verweigere. Der SPD-Abgeordnete Rohde folgte: Blanks Schweigen sei „nicht sozialpolitisch, sondern koalitionspolitisch bedingt“.

Tatsächlich erweist sich die Bonner CDU/CSU-FDP-Koalition als veritabler Hemmschuh für alle sozialpolitischen Vorhaben. Den ersten Reifall dieser Art erlebten die Christdemokraten bereits mit ihrem Mindesturlaubsgesetz.

Auf Drängen ihres linken Flügels hatte die CDU-Fraktion beschlossen, einen

Initiativgesetzentwurf einzubringen, mit dem der bisher in den Landesgesetzen geregelte Mindesturlaub bundeseinheitlich auf 15 Tage, und für Arbeitnehmer, die über fünf Jahre in einem Betrieb beschäftigt oder mehr als 35 Lebensjahre alt sind, auf 18 Tage festgesetzt werden sollte. Als Unterhändler schickten die Christdemokraten ihren Fraktionskollegen Gustav Stein, der als Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) über jeden Verdacht sozialpolitischen Linksdrahts erhaben ist, ins FDP-Lager, um sich der Unterschrift des urlaubsfeindlichen Koalitionspartners unter den Gesetzentwurf zu verschern.

Der FDP-Sozialexperte Karl Atzenroth („Der Stein lag uns ununterbrochen in den Ohren“) winkte ab. Die Freien Demokraten befürchteten, daß mit einem solchen Gesetz die Urlaubszeit in der gesamten gewerblichen Wirtschaft zum Schaden der mittelständischen Betriebe verlängert würde. Die Christlichen Demokraten mußten sich entschließen, ihren Gesetzentwurf ohne den FDP-Segen im Bundestag einzubringen. Knurrte Atzenroth: „Das ist alles nur eine Jagd um die Stimmen in den nordrhein-westfälischen Landtagswahlen.“

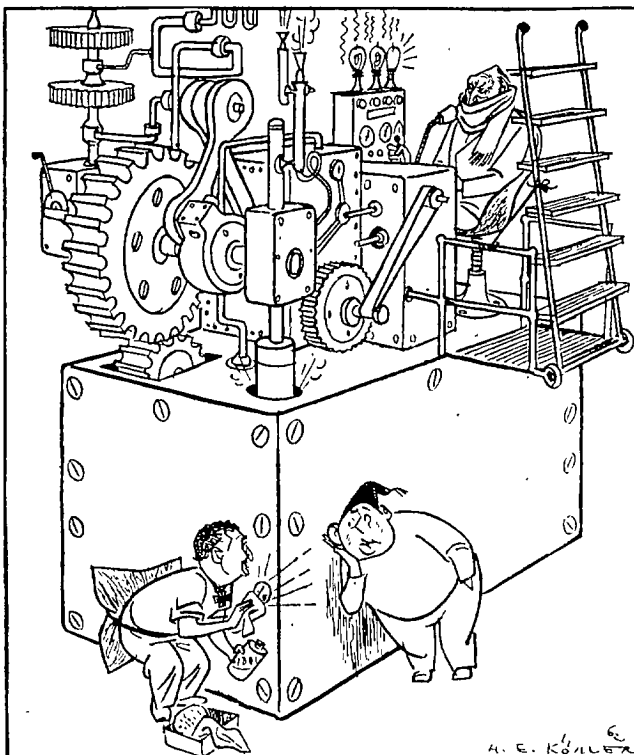
Noch verfranzter sind die Fronten jedoch bei jenen Gesetzesprojekten, über die SPD-Schellenberg Auskunft erheischte:

▷ der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall,

▷ der Selbstbeteiligung an den Arztkosten und

▷ der Neuregelung des Kindergeldes.

Am Donnerstag vorletzter Woche bat Theodor Blank 30 Koalitionsabgeordnete aller sozialpolitischen Spielarten zu einer Lagebesprechung in sein Ministerium. Dabei stellte sich heraus, daß sich beinahe jede Gruppe etwas anderes unter den beabsichtigten Reformen vor-



Frankfurter Allgemeine

Koalitionsmaschine: im Leerlauf gut

stellt. Der Vorschlag für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall an Arbeiter stammt wie der Urlaubsplan von der linken Arbeitnehmergruppe der CDU. Während die Arbeiter bisher im Gegensatz zu ihren Angestellten-Kollegen im Krankheitsfall erst vom zweiten Tage an Krankengeld bekommen, das zu 65 Prozent von der Krankenkasse und zu 35 Prozent vom Arbeitgeber aufgebracht werden muß, sollen sie in Zukunft wie Angestellte bereits vom ersten Krankentage an sechs Wochen lang vom Arbeitgeber ihren vollen Bruttolohn bekommen.

Um den Mittelstandsflügel der eigenen Partei zu besänftigen, hatten die Arbeitnehmer vorgeschlagen, mittels öffentlicher Gelder jenen mittelständischen Gewerbebetrieben unter die Arme zu greifen, die der Last der vollen Lohnfortzahlung angeblich nicht gewachsen sind. Der CDU-Mittelstandsabgeordnete Kurt Schmücker wies diese Alimerten-Offerte namens seiner Standesbrüder jedoch stolz zurück.

Anschließend frappte FDP-Atzenroth die Blank-Gäste mit einer weiteren Mittelstandsvariante. Die Arbeitgeber sollten, wenn sie die Lohnfortzahlung voll übernehmen, aus ihrer Beitragspflicht bei den Krankenkassen entlassen werden. Bisher führen Arbeitgeber und Arbeitnehmer durchschnittlich je fünf Prozent der Lohnsumme als Beitrag an die Krankenkasse ab. Die Kassen würden, so Atzenroth, jedoch in Zu-

kunft von der Krankengeldzahlung innerhalb der ersten sechs Wochen so stark entlastet, daß sie auf den Arbeitgeberbeitrag verzichten könnten. Damit ist jedoch der CDU-Arbeitnehmerflügel wieder nicht einverstanden. Die eingesparte Kassenleistung soll nach ihrer Ansicht den Arbeitnehmern in Form einer allgemeinen Beitragssenkung zugute kommen.

Überdies wollen die FDP-Koalitionsfreunde nur dann bei der Lohnfortzahlung mitmachen, wenn zugleich Theodor Blanks Selbstbeteiligung an den Arztkosten in das Krankenversicherungsgesetz aufgenommen wird. Das mißfällt der CDU-Arbeitnehmergruppe indes nicht minder. Sie will sichergestellt wissen, daß eine Selbstbeteiligung, wenn schon überhaupt, nur gestaffelt nach Kinderzahl und Einkommen eingeführt werden darf.

Am härtesten prallen die Gegensätze beim Kindergeld aufeinander. Der Industrieflügel der CDU und die Freien Demokraten wollten lediglich den Aufbringungsmodus des Kindergeldes ändern. Während das Kindergeld für alle dritten und weiteren Kinder aus einer Umlage der Arbeitgeber bestritten wird, stammen die Prämien für Zweitkinder aus Steuermitteln. In Zukunft sollte das Kindergeld generell vom Fiskus getragen werden. Diese Umstellung würde den Bund jedoch mehr als 800 Millionen Mark im Jahr kosten. Und damit ist Finanzminister Starke nicht einverstanden.

Andererseits will unter anderem der Arbeitnehmerflügel der CDU den Kindersegen noch weit höher dotieren.

Die christliche Linke plädiert für den Wegfall der Kindergeldsperre bei Zweitkindern (zur Zeit 600 Mark Monats-einkommen) und für eine Angleichung der für Zweitkinder gezahlten Sätze von zur Zeit 25 Mark im Monat an die 40-Mark-Prämie für die dritten und alle weiteren Kinder. Der Wegfall der Einkommensgrenze würde den Bundeshaushalt 500 Millionen, die Erhöhung der Sätze für Zweitkinder allein weitere 600 Millionen jährlich kosten. Kalauerte FDP-Atzenroth: „Da wird Herr Starke hoffentlich stark genug sein.“

Blanks Koalitionsgäste zogen sich angesichts dieser verworrenen Interessenlage auf den Beschluß zurück, alle Reformvorschläge müßten zu einem „Paket“ zusammengeschnürt und von Blank zu einer Gesamtkonzeption verarbeitet werden. Zur Sache selbst oder über Termine wurden keine Beschlüsse gefaßt.

Dafür begannen in den letzten beiden Wochen zwei weitere Leerlaufträden in der Koalitionsmaschine zu schnurren. Die CDU-Fraktion setzte eine „Feuerwehrkommission“ unter Leitung von Mittelstands-Schmücker ein, die fraktionsinterne sozialpolitische Brandherde im Bonner Dachgebälk ablöschen soll. Der CDU/CSU-FDP-Koalitionsausschuß kürte außerdem eine „Sparkommission“, die wenigstens die allerüberflüssigsten Sozialausgaben verhindern soll.

Da bereits fünf Monate der vierten Legislaturperiode verstrichen sind, ohne daß Blanks Bundesarbeitsministerium (BAM) auch nur schemenhafte Angaben über die hauseigenen Pläne machen kann, ist ziemlich sicher, daß Blanks Gesetzentwürfe wie in der letzten Legislaturperiode erst dann wieder im Parlament eingebracht werden, wenn es für eine gründliche Beratung zu spät ist.